Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto. Dresden 1330. Girokasse: Riesa Nr. 32.

№ 70. Donnerstag, 23. März 1933, abends. 86. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die erste Arbeitssitzung des Reichstages.

Die Regierungserklärung des Reichskanzlers Adolf Hitler.

Berlin, 23. März, 14 Uhr. (Funkspruch.) Saal und Tribünen sind auch in der heutigen Sitzung bis auf den letzten Platz besetzt. Gleichzeitig haben sich auch in der Diplomatenloge einige Besucher, zum Teil mit ihren Damen, eingefunden, darunter der englische Botschafter.

Der **Reichskanzler Adolf Hitler** wird bei seinem Eintritt in den Saal von seinen Parteifreunden durch Erheben von den Sitzen begrüßt. Er nimmt seinen Abgeordneten-Platz ein, während am Regierungstisch die **Minister von Neurath und Graf Schwerin-Krosigk** sitzen.

Reichstagspräsident Göring eröffnet die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er anläßlich des heutigen Geburtstages von Dietrich Eckart dieses Dichters der nationalen Freiheitsbewegung gedenkt. Die Mitglieder der nat.-soz. Fraktion und der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot erheben sich bei dieser Ansprache von den Sitzen. Präsident Göring schließt seine Gedenkworte mit einem Vers aus Dietrich Eckarts Lied „Deutschland erwache!"

Der Präsident macht dann **Mitteilung von der Konstituierung der Ausschüsse.**

Als erster Gegenstand steht auf der Tagesordnung die von den Regierungsparteien beantragte **Geschäftsordnungsänderung**, die im Ausschuß angenommen wurde. Präsident Göring erteilt dem Ausschuß-Berichterstatter Abg. Stöhr (NSDAP.) das Wort. Dabei betont der Präsident, daß **gerade der Abg. Stöhr die Geschäftsordnungsmaterie jahrelang sorgfältig studiert habe und deshalb der geeignetste Berichterstatter sei.** Der Präsident dankt dem Berichterstatter noch besonders für die klaren Worte, mit denen er im Ausschuß die Neuregelung begründet habe.

Berichterstatter Abg. Stöhr weist daraufhin, daß **die Ausschußmehrheit den soz.-dem. Antrag auf Haftentlassung der in Schutzhaft befindlichen soz.-dem. Reichstagsabgeordneten abgelehnt habe.** Die Ausschußmehrheit, so erklärt der Berichterstatter, meint, daß es **unzweckmäßig sei, diese Herren des Schutzes zu berauben, der ihnen durch die Verhängung der Schutzhaft widerfährt.** (Beifall und Heiterkeit rechts.) Dabei wird **durchaus individuell verfahren; so ist die soz.-dem. Abg. Frau Agnes inzwischen bereits aus der Haft entlassen worden.**

Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung, die **Aenderung der Geschäftsordnung**, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen und die Haftentlassung der soz.-dem. Abgeordneten abgelehnt worden war, erfolgt die **Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.**

Reichskanzler Hitler,

in brauner Parteiuniform, wird mit einem dreifachen Heilruf und dem Faschistengruß von den Nationalsozialisten begrüßt. Er führt etwa aus:

Männer und Frauen des Deutschen Reichstages! Im Einvernehmen mit der Reichsregierung haben die Nationalsozialisten und die Deutschnationale Volkspartei Ihnen durch einen Initiativ-Antrag ein Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich zur Beschlußfassung unterbreitet. Die Gründe für diesen außerordentlichen Vorgang sind folgende: Im November 1918 rissen marxistische Organisationen durch eine Revolution die vollziehende Gewalt an sich. Die Monarchen wurden entthront, die Reichs- und Landesbehörden abgesetzt, und damit die Verfassung gebrochen. Das Gelingen der Revolution im materiellen Sinne sicherte die Attentäter vor dem Zugriff der Justiz. Die moralische Legitimierung suchten sie in der Behauptung, Deutschland bezw. seine Regierung trüge die Schuld am Ausgang des Krieges. Diese Behauptung war wissentlich und sachlich falsch. In der Folge aber führte diese im Interesse unserer damaligen Feinde liegende unwahre Anschuldigung zu schwerster Unterdrückung des gesamten deutschen Volkes. Unter Bruch der uns in den 14 Punkten Wilsons gemachten Zusicherungen begann für Deutschland, das heißt für das schaffende deutsche Volk, eine Zeit grenzenlosen Unglücks. Alle die von den Männern des November 1918 gemachten Versprechungen erwiesen sich wenn schon nicht als bewußte Irreführung, so doch als minder verdammenswerte Illusionen.

Die Errungenschaften der Revolution waren nur für kleinste Teile unseres Volkes angenehm, für die überwiegende Mehrzahl aber, soweit sie sich durch redliche Arbeit das tägliche Brot verdienen mußte, unendlich traurige. Der Selbsterhaltungstrieb führte die daran schuldigen Männer zu tausend Beschönigungen und Ausreden. Der nüchterne Vergleich der tatsächlichen Entwicklung in den 14 Jahren mit den damals gemachten Versprechungen fällt aber für die verantwortlichen Regisseure dieses in der deutschen Geschichte beispiellosen Verbrechens vernichtend aus. Unser Volk hat in dieser Zeit auf allen Gebieten einen Verfall erlitten, der vorher kaum vorstellbar war. Die Frage, was in dieser Zeit hätte noch schlimmer kommen können, ist unter Berücksichtigung der Grundwerte unseres Volkes, sowie der einst vorhandenen politischen und wirtschaftlichen Erbmasse, nicht zu beantworten. Das deutsche Volk hat trotz seiner schweren Beweglichkeit in politischen Dingen sich steigend von den dafür verantwortlichen Parteien und Männern abgewandt. Die Zahl der innerlich auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Deutschen war trotz der suggestiven Bedeutung und rücksichtslosen Ausnutzung der Regierungsgewalt am Ende nur ein Bruchteil der gesamten Nation. Es ist weiter das charakteristische Merkmal dieser 14 Jahre gewesen, daß, abgesehen von natürlichen Schwankungen, die Linie der Entwicklung konstant nach unten führte. Diese deprimierende Erkenntnis war mit eine der Ursachen der allgemeinen Verzweiflung. Sie förderte die Einsicht von der Notwendigkeit einer gründlichen Abkehr von den Ideen, Organisationen und Männern, in denen man mit Recht die tiefere Ursache des Verfalls zu erkennen gab.

Die nat.-soz. Bewegung versuchte daher trotz brutalster Unterdrückung immer mehr geistig und willensmäßig die Menschen zum Abwehrkampf zu erfassen. Sie hat im Verein mit den anderen nationalen Verbänden nunmehr innerhalb weniger Wochen die seit dem November 1918 herrschende Macht beseitigt und in einer Revolution die öffentliche Gewalt in die Hände der nationalen Führung gelegt.

Am 5. März hat das deutsche Volk diesem Akt seine
Zustimmung erteilt.

Das Programm des Wiederaufbaues von Volk und Reich ergibt sich aus der Größe der Not unseres politischen, moralischen und wirtschaftlichen Lebens. Erfüllt von der Ueberzeugung, daß der Zusammenbruch seine Ursachen in inneren Schäden des Volkes hatte, ist es das Ziel der Regierung, diejenigen Gebrechen aus unserem völkischen Leben zu beseitigen, die auch für die Zukunft diesen tatsächlichen Wiederaufstieg verhindern würden.

Der durch die marxistische Irrlehre systematisch herbeigeführte Verfall der Nation in weltanschaulich unüberbrückbare Gegensätze bedeutet die Vernichtung der Basis eines möglichen Gemeinschaftslebens, die Auflösung
aller Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung.

Die völlig gegensätzliche Einstellung der einzelnen zu den Begriffen Staat, Gesellschaft, Religion, Moral, Familie, Wirtschaft, Eigentum, reißt Differenzen auf, die zum Krieg aller gegen alle führen müssen. Ausgehend vom Liberalismus des vergangenen Jahrhunderts als Schrittmacher der Sozialdemokratie

endet diese Entwicklung naturgesetzlich im kommunistischen Chaos.

In dieser letzten Definition des Marxismus erfolgte die Proklamierung der permanenten Revolution gegen alle Grundlagen unseres seitherigen Gemeinschaftslebens als Appell an die primitivsten Instinkte. Sie führte zu einer Verbindung zwischen einer politischen Idee und den Handlungen wirklicher Verbrecher, die in ihrer letzten Wirkung jede Kultur vernichten müssen.

Straßenraub, Plünderung von Geschäften, Brandstiftung, Eisenbahnfrevel, Attentate, alle diese Verbrechen erhalten als politische Betätigung der kommunistischen Idee ihre moralische Sanktion.

Allein die Methoden des individualistischen und Massenterrors haben uns im Laufe weniger Jahre

über 300 Tote und 10 000 Verletzte

gekostet. Die Brandstiftung im Reichstag als überstürzter Versuch einer groß angelegten Aktion ist ein Beispiel dessen, was Europa von einem Siege dieser teuflischen Lehre zu erwarten hätte. Wenn eine bestimmte Presse außerhalb Deutschlands versuche, die nationale Erhebung Deutschlands mit dieser Schandtat zu identifizieren, so kann mich das nur in meinem Entschluß bestärken, nichts unversucht zu lassen, um in kürzester Zeit

dieses Verbrechen durch die öffentliche Hinrichtung des schuldigen Brandstifters und seiner Komplizen

zu sühnen (Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten). Der ganze Umfang der beabsichtigten Aktion dieser Organisation ist weder dem deutschen Volk noch der übrigen Welt genügend zum Bewußtsein gekommen. Nur durch ihr blitzschnelles Zuschlagen hat die Regierung eine Entwicklung verhindert, die bei einem katastrophalen Ausgang ganz Europa erschüttert haben würde.

Manche von denen, die sich heute aus Haß gegen die nationale Erhebung innerhalb und außerhalb Deutschlands mit den Interessen des Kommunismus verbrüdern, würden selbst die Opfer einer solchen Entwicklung geworden sein.

Es wird die oberste Aufgabe der nationalen Regierung sein, diese Erscheinungen nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch in dem des übrigen Europa restlos zu beseitigen.

Dabei handelt es sich jedoch für die Regierung nicht nur um die negative Bekämpfung des Kommunismus, sondern vor allem um die positive Aufgabe der Gewinnung des deutschen Arbeiters für den nationalen Staat. (Stürmischer Beifall rechts und in der Mitte.) Nur die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft vermag allein diese zersetzenden Tendenzen schon im Keime zu ersticken. (Sehr gut rechts.)

Durch die Ermirkung einer solchen weltanschaulichen Volksgemeinschaft brauchen unsere Beziehungen zu den anderen Völkern nicht zu leiden.

Die Beseitigung des Kommunismus in Deutschland ist allein eine innerdeutsche Angelegenheit, an der die übrige Welt nur insofern interessiert sein mag, als der Ausbruch des kommunistischen Chaos in Deutschland zu furchtbaren Folgen für das übrige Ausland führen könnte. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Das Sinken des Ansehens der Reichsregierung, das sich aus den unsicheren inneren Verhältnissen in Deutschland ergeben mußte, reate bei verschiedenen Parteien in einzelnen Ländern Vorstellungen an, die mit der Reichseinheit unverträglich sind. Das Uebermaß des zersplitterten eigenstaatlichen Lebens in der Vergangenheit war der Welt- und Geltendstellung unseres Volkes verderblich. Mit dieser Feststellung soll aber nicht als die Aufgabe einer überlegenen Staatsführung hingestellt werden, organisch gewachsene Kräfte nur wegen eines theoretischen Prinzips einer zügellosen Unitarisierung zu beseitigen. Es ist jedoch die Pflicht der nationalen Regierung, den Reichsgedanken an sich über alles zu erheben. Die Wohlfahrt der Kommunen und der Länder ist ja auch gleichermaßen abhängig von der Kraft des Reiches, Länder und Kommunen bedürfen des Schutzes eines starken Reiches.

Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, durch das Ermächtigungsgesetz die Länder aufzuheben, wohl aber wird sie die Weisungen treffen, die geeignet sind, auf immer eine Gleichmäßigkeit der politischen Intensionen im Reich und in den Ländern zu gewährleisten. Dabei wird das kulturelle und wirtschaftliche Eigenleben der Länder nicht vergewaltigt werden.

Der Zustand einer gegenseitigen Herabsetzung der Reichs- und Länderregierungen mit Zuhilfenahme der Möglichkeiten der politischen Propaganda ist jedoch ein unmöglicher. Unter keinen Umständen wird es daher geduldet werden, daß etwa in Zukunft wieder einmal deutsche Minister sogar unter Zuhilfenahme des Rundfunks sich vor der Weltöffentlichkeit gegenseitig herabsetzen.

Zu einer völligen Entwertung der gesetzgebenden Körperschaft führt es, wenn sogar im Rahmen der normalen Legislaturperiode von vier Jahren das Volk gezwungen ist, an die 20 Male zur Wahlurne zu gehen. Hier wird die Reichsregierung einen Weg finden, um innerhalb der Legislaturperiode durch eine einmalige Willenskundgebung des Volkes im ganzen Reichsgebiet die Verhältnisse in den gesetzgebenden Körperschaften festzustellen. (Sehr richtig, rechts.) Die weitere Entwicklung dieser Dinge wird sich aus dem Verlauf ergeben.

Die gesetzliche Fundierung der Neugestaltung der Verfassung wird von dem Volk selbst zu bewilligen sein. Die Regierung der nationalen Revolution sieht es dabei als ihre Pflicht an, die Elemente von der Einflußnahme auf die Gestaltung des Lebens der Nation fernzuhalten, die bewußt und mit Absicht dieses Leben der Nation negieren. Theoretische Gleichheit vor dem Gesetz kann nicht dazu führen, grundsätzliche Verächter des Gesetzes zu tolerieren und ihnen die Nation auszuliefern. Die Gleichheit vor dem Recht wird aber allen zugebilligt, die mit für die Nation eintreten, und die der Regierung ihre Unterstützung nicht versagen. Es wird zu den höchsten Aufgaben der Regierung gehören, die geistigen Führer der Vernichtungstendenzen zur Verantwortung zu ziehen, die verführten Millionen Volksgenossen aber zu retten. (Lebhafter Beifall.) Das Anwachsen dieser zersetzenden Bewegungen ist überhaupt nur eine Folge der Schwäche der früheren Regierungen. Es ist nun Sache des Reichstages, auch zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Am Schicksal des Kommunismus aber und der sich mit ihm verbündenden Organisationen ändert dies nichts. (Stürmischer Beifall.)

Die nationale Regierung sieht im Hinblick auf die jetzt im Volke herrschende Not die Frage einer monarchistischen Restauration als undiskutabel an, schon wegen dieser jetzt herrschenden Notlage des Volkes. Sie würde den Versuch einer Lösung dieses Problems auf eigene Faust in einzelnen Ländern als Angriff auf die Reichseinheit betrachten und demgemäß ihr Verhalten einrichten. (Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Gleichlautend mit der politischen Entgiftung des öffentlichen Lebens wird die Reichsregierung eine durchgreifende moralische Sanierung an unserem Volkskörper vornehmen. Theater, Film, Rundfunk, Presse sind die Hilfsmittel für diese Aufgabe. Die Kunst hat jetzt die Aufgabe, Ausdruck des bestimmenden Zeitgeistes zu sein, des aufkommenden Heroismus. Blut und Rasse stehen jetzt beherrschend im Vordergrunde. Dabei ist es selbstverständlich, daß die Traditionen der Vergangenheit zu pflegen sind.

(Schluß folgt.)